

SP diskutierte Politisches aus Lachen und Altendorf

Budgetkürzungen zu Lasten des Alters- und Pflegeheims Lachen und die Informationspolitik des EW Lachen gaben Stoff zu Diskussionen an der Versammlung der SP Lachen-Altendorf.

Das Budget 2016 der Gemeinde Lachen wurde vom RPK-Mitglied Thomas Held erläutert und fand grundsätzlich die Zustimmung der anwesenden Mitglieder der SP Lachen-Altendorf. Ausführlicher besprochen wurden die Budgetkürzungen zu Lasten des Alters- und Pflegeheims Biberzelten. Der Betrag von rund Fr. 60'000 für die Einführung einer IT-basierten Pflegedokumentation wurde vom Gemeinderat aus dem Budgetantrag gestrichen. Eine derartige Standardsoftware ermöglicht eine Effizienzsteigerung im Umgang mit der Verarbeitung von Patientendaten und vereinfacht die Arbeitsabläufe für die Angestellten, so dass mehr Zeit für das Kerngeschäft der Pflege bleibt. Das Fehlen dieses zeitgemässen Arbeitsinstruments erschwert die Personalfindung und -einstellung unnötig. Es bleibt zu hoffen, dass der Gemeinderat diesen Entscheid nochmals überdenkt. Ebenfalls zu diskutieren gab das Informationsschreiben der EW Lachen AG, das letzte Woche den Haushaltungen zugestellt wurde. Es ist schwer verständlich und teils irreführend, wenn unter „Stromkennzeichnung“ informiert wird, dass die EW Lachen AG 0,0% Energie aus Kernenergie liefert, hingegen 92,8% von „nicht überprüfbaren Energieträgern“ stammen. Die SP Lachen-Altendorf kritisiert, dass die EW Lachen AG sehr wenig Aktivität entwickelt, um die Bevölkerung zum Energiesparen zu animieren und fordert den Gemeinderat auf, seinen Einfluss in diesem Bereich geltend zu machen.

Mehr Transparenz bei ARA Untermarch begrüsst

Die revidierten Statuten des Zweckverbandes ARA Untermarch fanden die Zustimmung der Anwesenden. Das neu eingeführte Petitionsrecht macht den Zweckverband demokratischer und transparenter. Damit wurde einem Anliegen der SP Rechnung getragen, das anlässlich der Kantonsverfassungsrevision gefordert worden war. Das Budget der Gemeinde Altendorf fand ebenfalls die Zustimmung der SP Mitglieder. Die Zuordnung Altendorfs zu den „neutralen“ Gemeinden im innerkantonalen Finanzausgleich, d.h. weder zahlend noch beziehend, gab der Kantonsrätin Karin Schwyter Anlass zu interessanten und besorgniserregenden Ausführungen über die Finanzsituation des Kantons, die geplante Steuerrevision und weitere zu erwartende Abbaurunden zu Lasten von Bildung und Umwelt. Co-Präsident und JUSO Mitglied Thomas Büeler stellte die neueste Ausgabe des Schwyzer Demokrat 2.0 vor und warb für die Transparenz-Initiative der JUSO.